

**REGIERUNG**

**Regionale Stärkung des öffentlichen Verkehrs**

VADUZ – Zur Verbesserung der Schienenverfügbarkeit im Personenverkehr werden gegenwärtig auf regionaler Ebene verschiedene Massnahmen diskutiert. An der letzten Sitzung einer Arbeitsgruppe aus verantwortlichen Mitarbeitern auf Beamtenebene am Dienstag in Bregenz ging es konkret um den Ausbau der durch Liechtenstein führenden Eisenbahnlinie zwischen Feldkirch und Buchs, wie Regierungschef-Stellvertreterin Rita Kieber-Beck gestern bekannt gab. Das Ziel sei es, eine deutlich verbesserte Fahrzeit – also eine Reduktion um mehrere Minuten zwischen Feldkirch und Buchs – zu erreichen, um die Nutzung der Bahnlinie attraktiver zu gestalten.



Zu diesem Zweck wurden laut Rita Kieber-Beck bereits verschiedene Möglichkeiten untersucht, so eine Anpassung der Trassierung in möglichen Teilbereichen sowie ein partieller Ausbau der Zweigleisigkeit. Neben

den damit verbundenen Vorteilen für den Fernverkehr könnten auch interessante Verbesserungen im Nahverkehr geschaffen werden. Beim «Fl-Takt» könnten beispielsweise durch den Ausbau auf partielle Doppelgleisigkeit höhere Takt-Frequenzen und eine kürzere Reisezeit angeboten werden, so die Verkehrsministerin (Bild) am Pressegespräch. Als weitere Massnahme wird nach ihren Worten auch eine Nordeinfahrt in den Bahnhof Buchs vertieft überprüft, die wesentliche Vorteile bezüglich der Fahrtgeschwindigkeit brächte.

Gestern Abend fand zudem in Bludenz ein informelles Treffen zwischen dem Ressort Verkehr und Kommunikation und dem Wiener Verkehrsministerium statt. Bei diesem Treffen sollte Liechtenstein aktiv in die künftigen Überlegungen des Schienenausbau auf der OBB-Strecke durch unser Land einbezogen werden, wie Rita Kieber-Beck vorab mitteilte. In die Überlegungen des künftigen Ausbaus werde auch ein geplantes neues Verkehrsmittel in Liechtenstein einfließen. Diesbezüglich sollte Anfang nächsten Jahres die erste Systemevaluation abgeschlossen sein. «Wir sind guter Dinge, dass eine Machbarkeit unserer ressortinternen Überlegungen gegeben ist», erklärte die Regierungschef-Stellvertreterin. (mü)



Letztes Mediengespräch der Gesamregierung in diesem Jahr (v.l.): Aussenminister Ernst Walch, Regierungsrat Alois Ospelt, Regierungschef Otmar Hasler, Regierungschef-Stellvertreterin Rita Kieber-Beck und Regierungsrat Hansjörg Frick.

**Verfassung und EU-Beiträge**

Breite Themenpalette am gestrigen Pressegespräch der Regierung

VADUZ – Regierungschef Otmar Hasler und Aussenminister Ernst Walch standen am gestrigen Mediengespräch der Regierung zu Fragen betreffend die Verfassung, die EU-Zinsbesteuerung, die von Brüssel geplante Erhöhung der Kohäsionsbeiträge und die Nachbarschaftshilfe für Graubünden Rede und Antwort.

• Martin Frommelt

Was die Verfassungsinitiativen betrifft, müsse die Regierung die bis morgen einzureichenden Unterschriftenbögen kontrollieren und nachzählen, danach werde dem Landtag im Hinblick auf die Sitzung von nächster Woche ein entsprechender Bericht zugestellt, so Regierungschef Otmar Hasler.

**Wie weiter in Strassburg?**

Betreffend den Vorstoss einer liechtensteinischen Bürgergruppe beim Europarat, die Fürsteninitiative auf die Vereinbarkeit mit den Europarats-Mindeststandards zu überprüfen, ist die Regierung selbst nicht Partei. Das Schreiben ist vom Büro der Parlamentarischen Versammlung an die so genannte Venedig-

Kommission weitergeleitet worden, die sich voraussichtlich morgen damit befassen wird. Wie Regierungschef Hasler ausführte, erwartet die Regierung, dass, wenn es tatsächlich zu einer Überprüfung komme, dann alle Seiten angehört werden. Unsere Verfassung sei bereits bei der Europarats-Aufnahme geprüft und für gut befunden worden, so der Regierungschef. «Wir erwarten einen fairen Umgang und eine gewisse Verfassungsautonomie», hielt Otmar Hasler dazu klar fest.

Aussenminister Ernst Walch wies darauf hin, dass die Venedig-Kommission vor allem dazu diene, neuen Staaten, die keine demokratische Tradition kennen, bei der Erarbeitung einer europaratsmässigen Verfassung zu helfen. Liechtenstein müsse solche Strukturen jedoch nicht mehr aufbauen. Walch stellte klar, dass es kein Prüfungsverfahren oder gar eine Klage sei. Der Ausschuss werde zwar eine Meinung abgeben, diese sei jedoch nicht bindend.

**Höhere Kohäsionsbeiträge?**

Im Zuge der geplanten EU-Erweiterung möchte Brüssel von

den EFTA-Ländern höhere Kohäsionsbeiträge verlangen. Wie Regierungschef Otmar Hasler dazu ausführte, sei ein entsprechendes Verhandlungsmandat in Vorbereitung.

Aussenminister Ernst Walch ergänzte, dass die in einigen Medien kolportierte 30-fache Erhöhung eine Falschmeldung sei. Eher denkbar sei die in anderen Medien erwähnte Verdoppelung. Liechtenstein zahlt bisher pro Jahr rund 300 000 Franken in den Kohäsionsfonds. Über den künftigen Beitrag wird im kommenden Frühjahr mit Brüssel verhandelt. Wie Walch betonte, handelt es sich hier jedoch nicht um einen EWR-Automatismus, sondern um eine eigene Verhandlungsrunde. Einer angemessenen Erhöhung stehe er grundsätzlich nicht entgegen, allerdings müsse ein allfälliges neues Geben auch ein neues Nehmen beinhalten.

**EU-Zinsbesteuerung**

Was die EU-Zinsbesteuerung betrifft, liegt der EU ein liechtensteinisches Angebot in Form eines Zahlstellenmodells vor. Seitens der EU möchte man bekanntlich mehr.

Wie es in dieser Frage mit Liechtenstein weitergeht, hängt laut Regierungschef Hasler vor allem davon ab, ob die EU mit der Schweiz zu einem Abschluss kommt, da die EU bisher schwerpunktmässig mit der Schweiz verhandelt hat. Aussenminister Ernst Walch stellte dazu klar, dass eine allfällige EU-Einigung mit der Schweiz noch nicht bedeute, dass alles gegessen sei. Klare Bedingung der Schweiz (und Liechtensteins) sind gleichwertige Lösungen der EU mit den anderen Ländern im Sinne einer Gleichbehandlung («level playing field»).

**Nachbarschaftshilfe für den Kanton Graubünden**

Wie Regierungschef Hasler zudem ausführte, wird das Land Liechtenstein zur Bewältigung der Unwetterschäden vom November in Graubünden vor Ort für 150 000 Franken Fachpersonal mit Spezialkenntnissen zur Verfügung stellen. Im Sinne der Soforthilfe hat Liechtenstein zwei Regiegruppen in das von den Unwettern stark in Mitleidenschaft gezogene Bündner Dorf Schlans entsandt.

**Regierung greift LFV unter die Arme**

Unterstützung von U19-EM-Endrunde und EM-Spielen im nächsten Jahr

VADUZ – «Ohne Unterstützung des Staates kann die innere Sicherheit bei den Fussballländerspielen im kommenden Jahr nicht gesichert werden», betonte Regierungsrat Alois Ospelt an der gestrigen Medienkonferenz. Der Fussballverband soll deshalb ein Darlehen vom Land bekommen.

In ihrer letzten Sitzung hat die Regierung kurzfristig einen Bericht und Antrag betreffend die finanzielle Unterstützung des Liechtensteinischen Fussballverbandes (LFV) bei der Durchführung von EM-Spielen im Jahre 2003 und die Ausrichtung einer Subvention an die Gemeinde Vaduz zur Ausführung von baulichen Sicherheitsmassnahmen beim Rheinparkstadion verabschiedet. Der Bericht und Antrag wurde zur Behandlung an den Landtag übermittelt. Konkreter Anlass sind verschiedene Fussball-europameisterschaftsspiele, welche im nächsten Jahr in Liechtenstein durchgeführt werden, sowie die angespannte finanzielle Situation des Liechtensteinischen Fussballverbandes (LFV).

**England und Türkei**

Der Liechtensteinische Fussballverband (LFV) tritt im Jahr

2003 als Organisator unterschiedlicher Fussball-Veranstaltungen auf. Einerseits wurde der LFV vom Europäischen Fussballverband (UEFA) beauftragt, die U19-Europameisterschaftsendrunde 2003 zu organisieren und im Juli durchzuführen. Andererseits sieht sich die liechtensteinische Fussballnationalmannschaft zwei grossen Herausforderungen gegenüber gestellt. Im Rahmen der EM-Qualifikationsheimspiele trifft Liechtenstein am 29. März 2003 auf England und am 6. September 2003 auf die Türkei. Beide Spiele finden im Rheinparkstadion in Vaduz statt. Aufgrund des erwarteten Zuschaueraufkommens sind die Auswirkungen dieser beiden EM-Qualifikationsspiele bedeutend: Einerseits sind aus sicherheitstechnischen Überlegungen und aufgrund internationaler Verpflichtungen bauliche Veränderungen am Rheinparkstadion notwendig und zum anderen ist ein stark erhöhtes Sicherheitsdispositiv vorzusehen, damit die innere Sicherheit des Landes aufrecht erhalten werden kann. In diesem Zusammenhang hat die Regierung auch bereits das Ostschweizer Polizeikonkordat um Unterstützung gebeten.

Aufgrund der angespannten finanziellen Situation des LFV wurden bezüglich beider Veranstaltungen ab Ende September 2002 seitens des LFV Gespräche mit der Regierung geführt. Die Vertreter des LFV sind dabei der Ansicht, dass die beiden Veranstaltungsarten nicht ohne Unterstützung der Öffentlichen Hand auskommen können. Aus Sicht der Regierung wurde in diesem Zusammenhang jedoch mehrfach auf die primäre Zuständigkeit und Verantwortlichkeit des Veranstalters hingewiesen. In Anbetracht der Kurzfristigkeit des bevorstehenden Länderspiels Liechtenstein – England und der damit notwendigen Sicherheitsvorkehrungen sowie unter Betrachtung der angespannten finanziellen Lage des LFV ist die Regierung der Überzeugung, dass dringender Handlungsbedarf gegeben ist. Daher werden dem LFV die Mehrkosten für die Gewährleistung der Sicherheit bei den Heimspielen gegen England und die Türkei in Höhe von je 230 000 Franken bevorschusst. Diese Darlehen sind mit 2 Prozent pro Jahr zu verzinsen und im Zeitraum von fünf Jahren zurückzuerstatten. Zudem wird dem LFV für die im Jahre 2003 im Lande stattfindende U19-Europa-

meisterschaftsendrunde eine Defizitgarantie in maximaler Höhe von 150 000 Franken zugesichert. Schliesslich wird der Gemeinde Vaduz die Übernahme von 50 Prozent der Kosten für die Ausführung von baulichen Sicherheitsmassnahmen beim Rheinpark-Stadion in Vaduz, begrenzt auf einen Maximalbetrag von 172 500 Franken, zugesagt. Der Landtag wird noch über diesen Bericht und Antrag entscheiden müssen. (dom/paff)

**Verfassungsinitiative Fürstenhaus**

**Liechtenstein muss vor dem Rückfall in die Bedeutungslosigkeit bewahrt werden!**

**Unterstützen Sie daher mit Ihrer Unterschrift die Verfassungsinitiative des Fürstenhauses.**

ANZEIGE

**brühl**

**LOVA MOBEL**

FL-9490 VADUZ TEL +423/399 29 19  
www.lova.li